

Der Neue und sein Kampf ums Geld
Bewährungsprobe für Pistorius



Jetzt lesen – Exklusiv für Abonnenten

Der Ukraine-Krieg - in seinen Auswirkungen noch nicht im Alltag der Menschen auch hier angekommen? Weit gefehlt. Die Preise insbesondere für Energie und Lebensmittel sind erheblich höher als noch vor einem Jahr. Sie gemahnen uns: Wir müssen hier haushalten, auch um im Kampf gegen die Krisen immer noch reaktionsfähig zu sein.

Gerade deshalb fordert es von der Bundesregierung, mit diesem Punkt sorgsam umzugehen: Geldsorgen sind große Sorgen. Die Lebenshaltungskosten und die Inflation sind jedenfalls Sorge Nummer eins für die Mehrheit der Bevölkerung. Auch viele junge Menschen kommen wegen Schulden in Bedrängnis. Die Arbeit in Schuldnerberatungsstellen nimmt zu. Familien geraten in Not. Sozialverbände sind alarmiert.

Die Diakonie Deutschland zum Beispiel appelliert vor diesem Hintergrund an die Bundesregierung, die anvisierte Kindergrundsicherung zügig auf den Weg zu bringen.

Nach drei Jahren Pandemie und einem Jahr Ukraine-Krieg sei es

nun immens wichtig, Familien und Kinder zielsicher zu entlasten. Koalitionsstreitigkeiten dürften nicht auf dem Rücken von Armut betroffener Kinder ausgetragen werden.

Ja, Armut ist hier ein Thema. Die Kindergrundsicherung aber kostet einen zweistelligen Milliardenbetrag. Da ist der Eindruck von Streitigkeiten vielleicht nicht ganz korrekt; eher geht es um eine interne Debatte, was die Koalition jetzt vorrangig leisten soll und kann.

Es gibt gute Gründe für die Kindergrundsicherung. Familien, in denen Eltern durch Erwerbsarbeit nicht genug für alle Familienmitglieder erwirtschaften können, profitieren, wenn alle Leistungen

POLITICAL ANIMAL
FOLGE 288

Geldsorgen sind große Sorgen



Von Stephan-Andreas Casdorff

gebündelt werden. Der Kinderzuschlag läuft bisher an zwei Dritteln der Anspruchsberechtigten vorbei. Wie sagt Maria Loheide, Vordirektorin Sozialpolitik der Diakonie: „Ganz einfach: Wer zu wenig hat, bekommt problemlos und direkt, was nötig ist.“

Aber ganz problemlos wird es eben nicht, wenn dieses Beispiel in den größeren Zusammenhang der Aufstellung des Bundeshaushalts gestellt wird. Für den gilt nämlich unverändert die Schuldenbremse, verankert in der Verfassung. Sie zwingt dazu, das Vorrangige immer wieder neu zu definieren. Vorrangig sind nach jetzigem Stand die Themen Sicherheit und Klima.

Sozialpolitik muss daher um einen Platz oben auf der Tagesordnung kämpfen. So berechtigt viele Anliegen sind - die Koalitionäre müssen sie besprechen, offen, notfalls streitig. Der Abwägungsprozess war lange nicht so schwierig. Man denke nur die enormen Investitionen, um Klimaneutralität in gut zwanzig Jahren zu erreichen. Oder die Milliarden Euro, die der neue Verteidigungsminister zusätzlich benötigt, um deutsche Zusagen in der Nato endlich einzuhalten.

Aus gutem Grund werden also Kontroversen öffentlich, etwa die, ob doch Steuererhöhungen nötig sein werden. Das meint SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert im Gegensatz zu FDP-Parteichef und Finanzminister Christian Lindner, der wiederum argumentiert, Deutschland sei schon ein „Höchststeuerland“. Zeitlich befristete und zielgerichtete Abgaben wären da etwas anderes; allerdings muss das dann auch erst einmal diskutiert werden. Summa summarum: Haushalterische Solidarität gehört zur Grundausstattung im Kampf mit den Krisen.

ANZEIGE



TAGESSPIEGEL
Fachforum
Gesundheit

Seltene
Erkrankungen

An einer seltenen Krankheit zu leiden, kann für Betroffene zur Qual werden: Oft dauert es Jahre, bis die Krankheit diagnostiziert wird. Ein Grund dafür sind fehlende Daten.

Mehr Daten für die Erforschung seltener Erkrankungen - wie kann das gelingen? Laut einer aktuellen Civey-Umfrage glauben 46 Prozent, dass es dafür eine entsprechende Datenbank braucht. Eine solche will die EU-Kommission unter dem Namen „European Health Data Space“ (EHDS) bis 2025 auf den Weg bringen. Wie die Forschung zu seltenen Krankheiten davon profitieren könnte, wurde vergangene Woche beim „Fachforum Gesundheit“ des Tagesspiegels diskutiert.

Nach einer Keynote durch Thomas Renner aus dem Bundesgesundheitsministerium wies Prof. Stefan Mundlos von der Charité auf die umfangreichen Einwilligungen zur Datenverwendung hin: „Wir benötigen eine Regelung, die das vereinfacht.“

Die Patientenbeauftragte des Landes Berlin, Ursula Gaedigk, trat dafür ein, Patienten an den Überlegungen zum EHDS stärker zu beteiligen. Jean-Luc Delay von Takeda sieht Potenzial im EHDS. „Für 95 Prozent der Betroffenen



Die wenigsten wissen, dass ihre Daten zu Abrechnungs- und Qualitätssicherungszwecken schon jetzt digital versendet werden.

PROF. SYLVIA THUN
Berliner Institut für Gesundheitsforschung

gibt es keine Therapie. Genügend Daten zur Forschung für seltene Erkrankungen zu bekommen, ist viel schwerer als bei Volkskrankheiten“, so Delay. „Der EHDS kann zum Game-Changer für seltene Erkrankungen werden, aber nur wenn parallel die nationale und europäische Gesetzgebung diese Arzneimittel weiter fördert.“

Prof. Sylvia Thun vom Berliner Institut für Gesundheitsforschung betonte, dass Daten in den Kliniken weder einheitlich noch flächendeckend digital erhoben werden:

„Die Medikation wird oft nur auf Papier notiert.“ Friedhelm Leverkus von Pfizer forderte mehr Datenkompetenz: „Der Umgang mit Daten muss bereits im Kindergarten beginnen.“ In den EHDS setze er große Hoffnung in Bezug auf die Erforschung seltener Erkrankungen, die schnellere Diagnosestellung und die Zulassung entsprechender Therapien.

Dr. Christine Mundlos von der „Allianz Chronischer Seltener Erkrankungen“ sprach sich dafür aus, Daten zu seltenen Erkrankungen sichtbar zu machen, indem sie in der ambulanten Versorgung dokumentiert werden: „Die Mehrzahl der Patienten mit seltenen Krankheiten wird hausärztlich betreut.“



Niemand möchte vor dem Spenden von Gesundheitsdaten eine 12-seitige Einwilligung durcharbeiten.

PROF. STEFAN MUNDLOS
Charité Berlin



Mehr Infos dazu finden Sie hier.

Mit freundlicher Unterstützung von



Content Partner



Netzwerkpartner



Mundlos © Aussehofer, Thun © BfH